Ressort: Lokales

Albig: EEG-Reform nicht rückwirkend in Kraft treten lassen

Berlin, 19.03.2014, 17:38 Uhr

GDN - Mit Blick auf das für den 1. April anberaumte Spitzentreffen zur Energiewende, zu dem Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihr Vizekanzler und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) die Ministerpräsidenten eingeladen haben, hat Schleswig-Holsteins rotgrün regierender Regierungschef Torsten Albig (SPD) einen Forderungskatalog vorgelegt: "Es kann nicht sein, das neue EEG-Regime rückwirkend in Kraft treten zu lassen", sagte Albig in einem Gespräch mit der "Leipziger Volkszeitung" (Donnerstagsausgabe). Er forderte einen Vertrauensschutz für die Windpark-Planer.

"Wer seine Anlage so weit hat, dass er sie in diesem Jahr ans Netz bringen kann, sollte dies nach altem Recht tun können." Darin seien sich sein Land, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz einig. Eine Deckelung beim Ausbau von Windkraft an Land bei 2,5 Gigawattstunden pro Jahr "ist dann keinesfalls ausreichend, wenn das Ersetzen alter Anlagen durch bessere neue Anlagen inbegriffen sein sollte". Nachbesserungsbedarf gebe es weiterhin auch unter anderem bei der zukünftigen Förderung von Offshore-Windkraft. Unter den Ländern, so Albig, sehe er "ein großes Miteinander nicht nur der norddeutschen Länder".

Bericht online:

https://www.germandailynews.com/bericht-31845/albig-eeg-reform-nicht-rueckwirkend-in-kraft-treten-lassen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD 483 Green Lanes UK, London N13NV 4BS contact (at) unitedpressagency.com Official Federal Reg. No. 7442619